



POPPT POLITISCH

Die feministische Autorin Laurie Penny ist auf Lesereise in Deutschland und sprach letzte Woche in Köln über ihr neuestes Buch.

► Seite 6



POPPT IN ESSEN

Kreativität statt Leerstand, Selbstorganisation statt steriler Galerie. Folkwangstudierende zeigen ihre Arbeiten in der Essener Innenstadt.

► Seite 7

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:

► www.akduell.de

Stell dir vor, es ist Wahl und kaum eine*r geht hin

Nur 7,3 Prozent – das war die Wahlbeteiligung zu den Wahlen des Studierendenparlamentes (StuPa) im Jahr 2014. Als im Mai dieses Jahres um den Erhalt des Semestertickets ging, schafften es immerhin etwa 34,5 Prozent der Studierenden an die Wahlurnen. Warum haben Hochschulwahlen, verglichen mit Bundes- und Landtagswahlen, eine so geringe Beteiligungsquote? Schließlich geht es um einen Millionenbetrag, den die studentischen Vertreter*innen im Allgemeinen Studierendenausschuss jedes Jahr verwalten. Und ihr könnt mitbestimmen, wo eure Beiträge (26 Euro pro Jahr) in der kommenden Legislaturperiode hinfließen sollen.

Eines steht jetzt schon fest: Der Wahlkampf wird in diesem Jahr spannender als in den vergangenen Jahren. Der jetzige AstA, der von der Grünen Hochschulgruppe und der Linken Liste gestellt wird, hat viel Konkurrenz bekommen. Gleich vier neue Listen (vergleichbar mit Parteien bei anderen Wahlen) stehen auf den Wahlzetteln: Darunter eine unpolitische Liste und eine weitere linke Liste, die sich vor allem für die Belange von Studierenden mit Migrationshintergrund einsetzen will. Aber auch altbekannte Listen, die der SPD und der FDP nahe stehen, haben sich zu dieser Wahl wieder aufstellen lassen. Das heißt in der Woche vom 22. bis zum 26. Juni: Wahlplakate und Flyer auf dem Campus, Muffins und Waffeln von den Listen. Es ist wieder Wahlkampfzeit.

Wer den neuen AstA stellt, ob er eher links oder rechts gerichtet ist, das entscheiden die Wähler*innen bei der Studieren-

denparlamentswahl. Außer man kennt eine Kommiliton*in, der* oder die* antritt, sind den meisten Studierenden die Listen an der Uni wohl eher noch unbekannt. Dennoch: Die Listen, die die meisten Wähler*innen von sich überzeugen können, stellen die Mehrheit im Studierendenparlament und damit auch den AstA. In unserer Sonderausgabe stellen wir euch deshalb die sieben Listen der UDE inhaltlich auf den Seiten 4 und 5 vor.

Um welche Wurst geht es?

Der Allgemeine Studierendenausschuss – das ist die studentische Vertretung für alle Studierenden. Im vergangenen Jahr hat er kostenlose Sozial- und Rechtsberatung angeboten, einen Härtefallfond für Studierende mit geringem Einkommen eingeführt und kulturelle Veranstaltungen wie zum Beispiel das Campusfest organisiert. Er hat gemeinsam mit anderen Asten in NRW mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr über das Semesterticket verhandelt, Demos und Informationsveranstaltungen zu Ticketpreiserhöhung organisiert. Dafür hat der AstA 26 Euro pro Jahr und Studierenden zur Verfügung. Im Vergleich zum Beitrag für das Studierendenwerk oder das Semesterticket eine eher kleine Zahl, insgesamt kommen so im Jahr aber etwas über eine Millionen Euro zusammen. Obwohl die Studierenden über diese Gelder mitentscheiden können, ist eine Wahlbeteiligung von mehr als 10 Prozent an der UDE nach wie vor eher unwahrscheinlich.

Auch Senat wird gewählt

Studentische Vertreter*innen sitzen aber nicht nur im AstA: Auch im höchsten beschluss-



Foto: mac

fassenden Gremium der Universität, dem Senat, verteidigen gewählte Vertreter*innen die Interessen der Studierenden gegenüber den Professor*innen und Mitarbeiter*innen der Uni. Wel-

che Aufgaben die studentischen Senatsmitglieder im vergangenen Jahr übernommen haben und welche heißen Debatten es im Gremium gab, das könnt ihr auf Seite 2 dieser Sonderausgabe lesen. [mac]

INFOS RUND UM DIE WAHL

Podiumsdiskussion

Ihr wollt die Listen kennen lernen? Am Donnerstag, 18. Juni, ab 18 Uhr findet in So5 Too B32 eine Podiumsdiskussion der antretenden Listen statt. Moderiert von Meiko Huismann (Campus FM). Eintritt frei.

Hier geht's zu den Wahlurnen

Wahlen zum Studierendenparlament und Gremienwahlen an der UDE

Vom 22.06.2015 bis zum 26.06.2015 zwischen 10 und 16 Uhr

Campus Essen:
Audimax R14
Mensafoyer
R12, vor der roten Cafeteria
Royer R11 (Universitätsbibliothek)
Schützenbahn
Audimax Klinikum
WSC

Campus Duisburg:
Audimax LX
Audimax LA
Mensafoyer (M-Bereich)
BA-Bereich

HÖMMA!

Alkverbot is gut für den Alk

In Essen sind sie ja am Überlegen, ob sie ein Alkoholverbot in der Innenstadt einführen. Wo die Grünen endlich ihre Schnapsidee mit den autofreien Innenstädten aufgegeben haben, wollen die Volksparteien jetzt auf einmal alkoholfreie Innenstädte. Ziel des Ganzen ist – mal wieder – die Eckensteher von einer Ecke in die nächste zu treiben. Aber da haben die die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Ich häng mich da nämlich dran. Ich mach dann so Touren durch die Innenstadt, wie auf dem Dorf der Schnadegang. Man läuft einmal die Grenze der Verbotszone lang, alle paar Hundert Meter gibts ne volle Kanne und am Ende ist noch gratis Klassik-Konzert am Handelshof. Dat wird son richtiger Bier-Erlebnisparkur, wo man ja auch expandieren kann. Man könnte ja son Phantasialand-mäßigen Bergbaustollen graben, wo man sein eigenes Felsquellwasser schöpfen kann.

Tagsüber sind es ja nicht viele, die mit Bier zum Bahnhof laufen, aber Abends und am Wochenende ist dat ein riesiger Markt, der da entsteht. Wenn die Pfandsammler nicht im Kreis um die Verbotszone laufen, würde sich schnell eine neue Stadtmauer aus Bierflaschen bilden. Ich fahr dann mit dem Bulli auch immer den Kreis lang und mach noch Schlager an. So ist alles ein großer Wirtschaftskreislauf, bis die Stadtbözen merken, dass richtige Alkoholiker nicht halb so blasenschwach und aufdringlich sind, wie die Teilzeitalkoholiker auf Junggesellenabschieden.

Machts gut ihr Haunken, euer Bernd Trunken

Senatores boni viri...

... *senatus autem bestiae*. Neben den Wahlen zum Studierendenparlament ist die Studierendenschaft vom 23. bis zum 26. Juni – also einen Tag weniger als die Wahlen fürs Studierendenparlament – auch dazu aufgerufen, die studentischen Senatsmitglieder zu wählen. Damit haben die Studierenden Einfluss auf eines der wichtigsten Gremien der universitären Selbstverwaltung. **akduell** hat mit drei der vier studentischen Senator*innen über die vergangene Legislaturperiode gesprochen.

Bei dem Begriff Senat mag manche*r eine geschlossene Versammlung einiger in die Jahre gekommener Männer sowie zwei oder drei Frauen für die Quote assoziieren. Schaut man sich dann mal den universitären Senat an, bemerkt man zwar keine Ansammlung von Greisen, der Altersdurchschnitt liegt tatsächlich jenseits der dreißig. Grund dafür ist die Aufteilung im Gremium. Die Mitglieder des Senats verteilen sich in auf vier Statusgruppen. Die größte ist die der Hochschullehrer*innen, die elf Plätze einnehmen. Akademische Mitarbeiter*innen und Mitarbeiter*innen im Bereich Technik und Verwaltung stellen je drei Vertreter*innen. Die Studierendenschaft wählt direkt vier studentische Vertreter*innen für den Senat. Dieses Ungleichgewicht sollte die Vierparität eigentlich kippen, denn dann hätten alle vier Statusgruppen den gleichen Stimmanteil. Das wurde vom Großteil des Senats aber abgelehnt. (akduell berichtete).

„Kontrolle ist unser stärkstes Instrument“

Die Bandbreite der Themen im Senat, der einmal monatlich tagt, ist sehr groß. „Da können sich Sitzungen auch mal mit recht langweiligen Verwaltungskram beschäftigen“, sagt Anna-Kathrin Diekmann vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die die Nachfolge von Constantin Wurthmann übernommen hat. Wurthmann ist nun Mitglied der neuen Hochschulgruppe „Unabhängige Demokraten“. Er war im April offiziell von seinem Mandat im Senat zurückgetreten und kandidiert zur kommenden Senatswahl auf der Liste der UD (akduell berichtete).



So in etwa sieht auch die Gerusia an der UDE aus. (Bild: Cesare Macari)

Die Arbeit der studentischen Senatsmitglieder kann nämlich dafür sorgen, dass sich Professor*innen und andere Hochschulmitarbeiter*innen mit ihren Statements zu den Anfragen de facto binden. „Die Kontrolle des Rektorats ist wohl unser stärkstes Instrument“, resümiert Felix Groell, Senatsmitglied der Linken Liste und AStA-Referent für Hochschulpolitik, die Möglichkeiten der Studierenden im Senat: Wenn er während einer Sitzung eine Anfrage zum Themenkomplex X stellte und das Gesagte ins Protokoll übernommen wird, müsse sich die Person um ihres eigenen Willens daran halten. Geradlinigkeit sei in solchen Positionen sehr wichtig. „Wenn sich beispielsweise der Rektor an anderer Stelle abweichend von seinem Statement im Senat positioniert, kann er bei einer eventuellen Wiederwahl Probleme bekommen“, fügt Julia Wenzel hinzu, die im Senat als eine von zwei Vertreterinnen der Grünen Hochschulgruppe sitzt und AStA-Vorsitzende ist. Während der Debatte rund ums Semesterticket sorgte eben eine dieser Anfragen der studentischen Senator*innen dafür, dass sich Ulrich Radtke, Rektor der Universität Duisburg-Essen, öffentlich gegen die Preiserhöhung aussprach. Auch das Beispiel der Preiserhöhung in den Mensen im Herbst vergangenen Jahres (akduell berichtete) zeigt, wie wichtig die Anfragen der studentischen Senatsmitglieder sein können. „Wir haben die Chefin vom Studentenwerk, die ja auch für die Mensen zuständig ist, während einer Sitzung gefragt, ob sich neben den Preiserhöhungen auch die Semesterbeiträge erhöhen würden“,

erzählt Wenzel. Das war nicht der Fall: Sabina de Castro, Geschäftsführerin des Studierendenwerks, verneinte dies. Ihr Versprechen wurde ins Protokoll aufgenommen und stellte somit eine bindende Aussage dar.

Schnelles und hartes Handeln

Besonders wichtig sei es für die studentischen Senatsmitglieder, entscheidende studentische Interessen mit aller Kraft durchzubringen, so beispielsweise die Aufnahme weit gefasster Härtefallregelungen in das Leherausbildungsgesetz, die zumindest einige Studierende der LPO 2003 vor der Exmatrikulation schützt (akduell berichtete). Erst auf der letzten Sitzung am Freitag, 12. Juni, sagte Prorektorin Isabel van Ackeren nach monatelangem Druck der Studierendenvertreter*innen zu, dass sich die Universität für die geforderte Härtefallregelung einsetzen wird.

Ein weiteres Beispiel: Während der derzeit laufenden Legislaturperiode kam der Vorschlag, die Akkreditierung von Studiengängen an eine externe Stelle zu vergeben. Wäre das nicht abgewendet worden, hätten auch die Studierendenvertreter*innen keinen Einfluss mehr auf eventuelle Änderungen in Studiengängen gehabt. „Wenn es um wichtige Belange geht, die sich negativ auf die Studierenden auswirken, müssen wir einfach schnell und hart dagegen vorgehen“, erklärt Groell, der auch für die kommende Wahl kandidiert. „Ist eine Sache erst mal beschlossen, ist es mit nur vier Mitgliedern faktisch unmöglich, den Beschluss wieder zu kippen.“ [fro]

Mehr als nur keine Kohle

Armut: Kaum ein Thema dient der politischen und insbesondere parlamentarischen Linken mehr, um sich vom Rest der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft abzugrenzen. Oder besser gesagt die Bekämpfung dieser. So hat die linke Bundestagsfraktion am vergangenen Freitag in die Bochumer Jahrhunderthalle geladen, um über die Armutsspirale im Revier zu diskutieren. Bei geladenen Gästen aus der ersten Reihe der Partei, Gewerkschaftern und dem Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge blieb es aber ein berechenbarer Austausch der Argumente. Über Armut ließ sich trotzdem einiges lernen.

Am trennschärfsten und pointiertesten waren die Einschätzungen von Politik-Professor Butterwegge, der seit den 1990er-Jahren zu dem Thema forscht. Das ehemalige SPD-Mitglied und linker Vorzeige-Wissenschaftler referierte zunächst Allgemeines zum Thema und nahm dann die aktuelle Bundesregierung aufs Korn – zur sichtlichen Freude der gut 250 Besucher*innen im prall gefüllten Saal. Er warf der großen Koalition nicht nur Untätigkeit beim Thema Armut, sondern auch die stete Leugnung ihrer Existenz vor. So heißt es im Koalitionsvertrag optimistisch „Altersarmut verhindern“, für Butterwegge dagegen ist Mittellosigkeit im Alter bereits bittere Realität.

Dass die Regierenden den Kampf gegen dieses strukturelle Problem angenommen hätten, nimmt der Professor ihnen nicht ab. „Armut ist gewollt“, konstatiert Butterwegge. Als Disziplinierungseffekt ließe sich der abgehängte Teil der Gesellschaft nutzen, um die Abstiegsangst der arbeitenden Bevölkerung zu befeuern. „Denn wer in einem reichen Land wie Deutschland arm ist, wird selbst dafür verantwortlich gemacht“, schiebt er nach. Butterwegge beweist, warum er auch bei zahlreichen Talkshows ein gern gesehener Gast ist: Er weiß sein Publikum mitzureißen.

Weniger mitreißend, dafür einen Hauch distanzierter nimmt Joachim Rock vom Pritätischen Wohlfahrtsverband den Ball auf und versenkt ihn mit einer gehörigen Ladung Fakten. Er rechnet vor: Mit Daten des Mikrozensus wurde ein Median-Einkommen, also der mittlere Lohn der arbeitenden Bevölkerung, bestimmt. Wer unter 60 Prozent dieses Einkommens liegt, gilt statistisch als relativ arm. Für einen Single beispielsweise liegt die Grenze

bei 892 Euro im Monat. In Baden-Württemberg sind nach dieser Berechnung 11,4 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze, in NRW sind es 17,1. Ganz vorne dabei ist Dortmund mit einer Armutsquote von 21,4 Prozent. Joachim Rock rechnet vor wie Armut sich in Deutschland ausbreitet und stößt damit zu einem Kernproblem der Debatte vor: Macht es überhaupt Sinn in Deutschland von Armut zu sprechen?

Armut bekämpfen- aber wie?

Um etwas wirksam zu bekämpfen bedarf es eines Problembewusstseins, dieses geht laut Rock einem Großteil der handelnden Politiker*innen ab. Oft werde das Thema ausgeblendet, geleugnet oder zumindest relativiert. Für das Ruhrgebiet scheint dies mittlerweile wenig Sinn zu machen, steigt die errechnete und sichtbare Armut doch rasant und nähert sich der Marke von 20 Prozent. Wie so oft in linken Debatten wird die anschließende Diskussionsrunde vom Publikum dann auch dafür genutzt, das eigene Schicksal in voller Länge darzustellen. Ein inhaltlicher Austausch von Besucher*innen und Podium blieb damit weitgehend aus.

Doch noch etwas über linke Diskurse ließ sich in Bochum im zweiten Block der Konferenz gut ablesen. Zumindest auf parteipolitischer Ebene ist die Perspektive auf Armut auch immer der Fokus auf Arbeitsverhältnisse und den Sozialstaat. Zunächst hatte Rainer Eienkel, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von Opel Bochum, eindrucksvoll an die Solidarität im Zuge der Werkschließung erinnert und diese auch gesamtgesellschaftlich eingefordert. Dann offenbarte die stellvertretende Fraktionsvorsit-



Armut: das Thema der Linken, auch beim Champagner-Flügel um Lafontaine (Foto: ska)

zende der Linken Sahra Wagenknecht ihre Sicht auf das Thema. Zusammengefasst lautet diese: Die Agenda 2010 muss weg, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Einkommensteuer müssen her. „Armut ist niemals ohne Reichtum zu denken“, sagte Wagenknecht.

Von Lafontaine nichts Neues

Reichlich Grundlegendes zum Thema gab es auch von ihrem Ehemann Oskar Lafontaine. Wer die Armut wirksam bekämpfen will, muss den Reichen das Geld nehmen“, schmettert er in den mittlerweile etwas geleerten Saal.

In einem Satz ist dies die Antwort der Linken auf ein komplexes und vielschichtiges Thema. Armut in einer wohlhabenden

Gesellschaft fängt nicht bei Hartz 4 an und hört nicht bei zehn Euro Mindestlohn auf. So bleibt die Konferenz in weiten Teilen Konzepte schuldig, die ohne eine rein finanziell orientierte Sicht auf das Phänomen Armut auskommen. Doch scheint es aus parteipolitischer Perspektive in erster Linie sinnvoll, zunächst die ökonomische Situation der Wähler*innen zum Thema zu machen. Was fehlte war ein dezidiertes Blick auf die Besonderheiten des Ruhrgebiets. Allein in Bochum, das mit dem Opel-Werk seine letzte große Industriestätte verloren hat, gäbe es genug Anlass dazu. Armut hat die Ruhr-Metropolen fest im Griff und dürfte sie auch so schnell nicht wieder los lassen. [ska]

Sieben auf ein Kreuz: Diese Listen stehen zur Wahl

Gleich sieben Hochschullisten treten in diesem Jahr zur Wahl des Studierendenparlaments (StuPa) an. Da kann man schonmal durcheinander kommen, welche Gruppe für welche Forderungen steht. Zur Wahlausgabe der aktuell beleuchten wir für euch die Listen anhand von Fragen, die wir den Listen zugeschickt haben. Außerdem fragen wir nach möglichen zukünftigen Koalitionen im Studierendenparlament.

Aktuell stellen die Grünen Hochschulgruppe (GHG) und die Linke Liste (LiLi) den AStA. Die Frage ist aber: Wie lange noch? Denn in diesem Jahr treten gleich vier neue Listen zur StuPa-Wahl an. Die United Students (US), die Unabhängigen Demokraten (UD), die Juso-Hochschulgruppe (Jusos) und die Liberale Hochschulgruppe (LHG). Außerdem tritt noch der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) an, der derzeit im Studierendenparlament die Opposition stellt. Nicht mehr dabei sind dieses Jahr dagegen die Listen Die Partei Hochschulgruppe sowie die One-Man-Liste Mehmet. Welche Hauptthemen die zur Wahl stehenden Listen für sich beanspruchen und wann sie sich gegründet haben, lest ihr unten in der Kurzübersicht.

Kontrovers diskutiert: Friedliche Forschung

Unter den sieben Listen gibt es inhaltlich Kontroversen und eklatante Unterschiede. Der Wahlausschuss hat den Listen deshalb im Vorfeld die Möglichkeit gegeben, ihren Gegner*innen Fragen zu stellen. Herausgekommen sind fünf Fra-



gen, die alle Listen beantwortet haben. Vor allem beim Thema Zivilklausel, also der Abschaffung von Forschung für militärische Zwecke und der Selbstverpflichtung von Universitäten ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, gehen die Meinungen der Listen weit auseinander. Der RCDS ist strikt gegen eine Zivilklausel und für militaristische Forschung: „Eine sogenannte Zivilklausel verbietet Forschung an Projekten, die für militärische Zwecke genutzt werden könnten, auch wenn diese Projekte selbst völlig harmlos sind. Viele Fakultä-

ten seien auf die Drittmittel durch solche Forschungen angewiesen, um den Standard ihrer Lehre halten zu können.“

Andere, vor allem linksgerichtete Listen, sind klar für die Zivilklausel: „Wir als Grüne Hochschulgruppe setzen uns für eine Universität ein, welche sich ausschließlich friedlicher Forschung verpflichtet“, heißt es in der Antwort der Grünen Hochschulgruppe an den Wahlausschuss. Und auch die United Students äußern sich gegen Forschung für Bundeswehr und Militär: „Wir sind entschieden

und strikt gegen den Missbrauch der Forschung zugunsten der Waffenlobby sowohl zugunsten militaristischer und kriegerischer Zwecke an unserer Hochschule.“

Klare Kante gegen das Studierendenwerk

In der Debatte um die Senkung der Beiträge sind sich die Listen erst einmal einig: Das Studierendenwerk soll in Zukunft weniger Geld verlangen. „Wir wollen, dass die Studierenden mehr in der Tasche haben und Gelder aus dem Allgemeinen Studierendenbeitrag zurückholen. Vor allem beim Studierendenwerk, das einen sehr hohen Beitrag erhebt“, so die Unabhängigen Demokraten.

Bei der Kürzung des AStA-Beitrages, also den Geldern, die die AStA-tragenden Listen später verwalten, gibt es konträre Positionen. Während die Grüne Hochschulgruppe eine Senkung des Beitrages prüft, findet die Linke Liste die Beiträge für angemessen. Die Unabhängigen Demokraten sind für eine Senkung des Semesterbeitrages, die Jusos könnten sich Kürzungen vorstellen, solange die Arbeit des AStAs nicht eingeschränkt würde. Die United Students wollen den AStA-Beitrag nicht senken, vielmehr die Ressourcen anders verteilen. Für den konservativen RCDS ist die Sache klar: „Der AStA-Beitrag könnte definitiv gesenkt werden, wenn die Verschwendung studentischer Gelder für ideologische Projekte gestoppt würde“, antwortet die Liste. Der RCDS schießt damit gegen den politischen Gegner: Momentan ist der AStA grün-links gerichtet und auch einige Veranstaltungen gehen in diese politische Richtung.

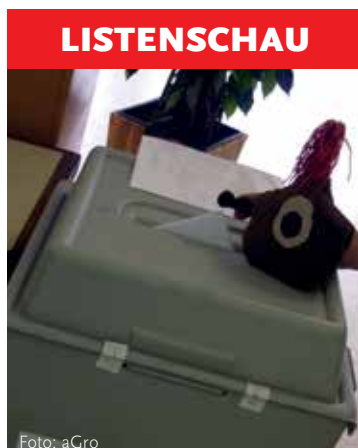


Foto: aGro

LISTENSCHAU

GRÜNE HOCHSCHULGRUPPE

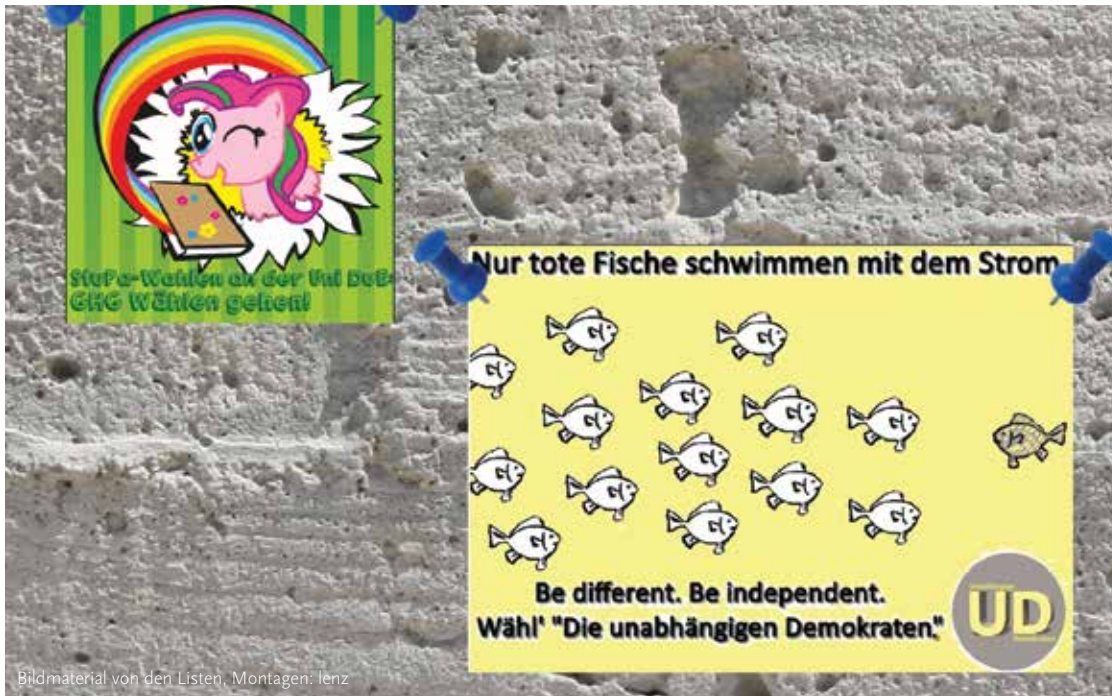
Neu gegründet im Jahr 2008 stellt die Grüne Hochschulgruppe derzeit mit den AStA. Auch wenn es personelle Überschneidungen mit den Grünen gibt, ist die Liste unabhängig. Die Hauptthemen sind Nachhaltigkeit, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden sowie der Kampf gegen Diskriminierungen jeglicher Art. Wunsch-Koalitionspartner ist die Linke Liste.

LINKE LISTE (LILI)

Die Linke Liste gibt es seit 2006 an der UDE. Gemeinsam mit der GHG leitet sie den AStA. Ihre zentralen Themen sind die Gleichberechtigung aller Statusgruppen in den Gremien, der Ausbau von Kultur an beiden Standorten und Vorträge zu kritischer Wissenschaft und alternativen politischen Ideen. Die LiLi würde niemals mit den Ring Christlich Demokratischer Studenten koalieren.

RCDS - DIE CAMPUSUNION

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten hat sich im Jahr 2011 neu gegründet, nachdem die Vorgänger*innen in einen Finanzskandal verwickelt waren. Im Wahlkampf fordern sie den AStA-Beitrag zu senken, ein Kulturticket und die Ausweitung von Videoaufzeichnungen bei Vorlesungen. Eine Koalition mit LiLi und den United Students ist unwahrscheinlich.



Bildmaterial von den Listen, Montagen: lenz

Deshalb ist auch die Frage des Wahlausschusses „Wollt ihr euch in Zukunft für eine politische Weiterbildung der Studierenden einsetzen?“ eine der Gretchenfragen dieses Wahlkampfes. Auch wenn alle Listen sich für Veranstaltung im Bereich politischer Bildung einsetzen wollen, sind die inhaltlichen Schwerpunkte je nach politischer Ausrichtung unterschiedlich. Die United Students wollen vor allem folgende Fragen diskutieren: „Was sind die Ursachen für die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich und welche Mechanismen führen dazu, dass Menschen mit Migrationshintergrund und/oder aus ArbeiterInnenfamilien der Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe faktisch verwehrt wird?“ Die Grüne Hochschulgruppe veranstaltete schon in den vergangenen Jahren Diskussi-

onen und Vorträge zu politischen Themen: „In der letzten Wahlperiode haben wir durch unsere Arbeit im AStA eine Vielzahl an Veranstaltungen, wie zum Beispiel den politischen Dienstag oder einer Podiumsdiskussion zum Thema TTIP, veranstaltet und weitere unterstützt.“

Auch die Unabhängigen Demokraten wollen auf dem politischen Parkett mitmischen: „Wir wollen im Bereich Politische Bildung und Aufklärung mehr Basics machen, das heißt Veranstaltungen wie: ‚Was ist Demokratie‘ und ähnliches“, sagt die Liste gegenüber der aktuell. Und auch die Liberale Hochschulgruppe will weg von mehrheitlich linken Veranstaltungen und Themen: „Dieser Punkt ist uns sehr wichtig. Nur muss Grundbedingung sein, dass ausgewogen und unparteiisch informiert wird“,

schreibt die LHG in ihren Antworten an den Wahlausschuss. Die Jusos spielen derweil ihren Partei-Joker aus. „Wir würden gerne den Bereich der politischen Bildungsmöglichkeiten für Studierende noch ausweiten und unsere Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf externe Akteur*innen (z.B. beim VRR) sind durch unser Engagement in der SPD meist größer“, so die Hochschulgruppe gegenüber der aktuell.

Wer kann mit wem?

Vier neue Listen, schier zahllos scheinen dadurch auch die möglichen Koalitionen. Da hilft es, wenn die Zusammenarbeit schon im Vorhinein ausgeschlossen wird. So ist ein AStA mit Beteiligung des RCDS für die beiden explizit linken Listen ein sprichwörtlich rotes Tuch. „Nie, niemals mit

dem RCDS!!!“, lautet die Lösung der Linken Liste. Auch die Grüne Hochschulgruppe sowie die Jusos werden wohl kaum mit der CampusUnion zusammen arbeiten. Anders sieht es mit den Unabhängigen Demokraten und der Liberalen Hochschulgruppe aus, hier schließen nur die United Students sogar eine Kooperation aus. Letztere Liste sieht sich bereits jetzt in der Opposition sitzen: „Zum jetzigen Zeitpunkt streben wir keine Koalition mit den antretenden Listen an. Grund hierfür ist in erster Linie die mangelnde Sensibilität der Listen im Umgang mit Menschen, die selbst von rassistischer, sozialer oder politischer Segregation betroffen sind“, so die United Students gegenüber der aktuell. Die Unabhängigen Demokraten und die Liberale Hochschulgruppe zeigen sich vor der Wahl generell gesprächsbereit mit jeder zur Wahl stehenden Hochschulgruppe. Die größten inhaltlichen Übereinstimmungen dürfte es dennoch zwischen der Linken Liste, der Grünen Hochschulgruppe und den Jusos geben. Eine Koalition aus den Reihen dieser Hochschulgruppen ist ähnlich wahrscheinlich wie eine Zusammenarbeit des RCDS, bei entsprechender Mehrheit, mit den Unabhängigen Demokraten sowie den Liberalen. Ebenso wahrscheinlich ist, dass nicht mehr zwei Listen alleine einen AStA stellen können - bunte Kombinationen nicht ausgeschlossen.

Ihr wollt noch mehr zu den Listen wissen? Neben den Antworten der Listen an den Wahlausschuss wird die aktuell ebenfalls ihre gestellten Fragen mitsamt Antworten der Listen unter www.akduell.de veröffentlichten. [mac/Gerne/ska]

DIE UNABHÄNGIGEN DEMOKRATEN (UD)

Die Unabhängigen Demokraten gibt es seit März 2015. Die neue Liste will den Studierendenwerksbeitrag senken, mehr Kultur auf dem Campus und eine Verbesserung der Lehrsituation an der Universität. Außerdem will sie Studie zu den Wünschen und der Situation der Studierenden an der UDE durchführen. Koalitionen würden die UDler*innen mit allen Listen.

UNITED STUDENTS (US)

Seit November 2014 gibt es die United Students. Die Liste, deren Mitglieder mehrheitlich von rassistischer Diskriminierung betroffen oder Arbeiter*innenkinder sind, will studentischen Sozialraum, günstigere Cafeteriapreise und die Einführung der Zivilklausel. Die United Students schließen eine Zusammenarbeit dem RCDS, den Unabhängigen Demokraten und der LHG aus.

JUSO-HOCHSCHULGRUPPE

Die SPD-nahe Liste gibt es erst seit Mai 2015. Ihre zentralen Themen im Wahlkampf sind ein gebührenfreies Studium, einen freien Zugang zur Hochschule und einem Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz. Eine Koalition mit den United Students und dem RCDS stehen die Jusos eher kritisch gegenüber, mit allen anderen Listen sehen sie Überschneidungen.

LIBERALE HOCHSCHULGRUPPE (LHG)

Obwohl der Name an die FDP erinnert, sind die Mitglieder der Ende 2014 gegründeten Liste bunt gemischt. Die Bibliothek solle ihrer Meinung nach längere Öffnungszeiten haben, Videoaufzeichnung von Vorlesungen der Stabdar werden und sie wollen gesünderes Essen auf dem Campus.

Starke Schlampen und verlorene Jungs

„Unsagbare Dinge“ wurden am vergangenen Donnerstag in Köln ausgesprochen -- das versprach zumindest der Titel von Laurie Pennys aktuellem Buch. In einer Mischung aus Lesung und Gespräch äußerte sich die vielfach als Frontfrau des internationalen Feminismus gehandelte Autorin zu aktuellen Debatten und gab Einblick in ihre eigenen Erfahrungen.

Es ist heiß im King Georg, einem alten Klub- und Apartmenthaus, in dem seit 2008 Konzerte und Parties stattfinden – und heute eine feministische Lesung. Das Publikum, mehrheitlich zwischen 18 und 35 Jahre alt, schwitzt und ringt nach Sauerstoff. Nicht alle haben es in das traditionsreiche Etablissement geschafft, für diejenigen, die wegen des hohen Andrangs draußen bleiben mussten, wurde ein Lautsprecher vor der Tür installiert. Nun sitzen sie an diesem lauen Sommerabend auf dem Gehsteig und verfolgen von dort aus das Gespräch.

“Language is powerful!”

„In folgenden Situationen hat man mich schon eine Schlampe geschimpft: Wenn ich gesprochen oder mich für etwas eingesetzt habe. Wenn ich die Kühnheit besaß, Geld oder Ruhm einzufordern, statt Knie und Mund zu schließen, wie es sich für ein nettes Mädchen gehört. Wenn ich mich öffentlich politisch geäußert habe. (...) Wenn ich zu viele Liebhaber hatte und mich mehr mit meiner Arbeit befasste als mit ihnen und ihrem Ego. Und schließlich, sehr unpassend, beim vögeln.“ So beginnt die auf deutsch geführte Lesung von Rehzi Malzahn von und mit Laurie Penny. Es lässt sich bereits erahnen: der Abend wird persönlich und politisch. Das Buchzitat endet mit der Aufforderung „wir müssen unsere Schamlosigkeit zur Waffe machen.“ Penny fordert, dass sich Frauen das Wort Schlampe zurückerobern und sich nicht mehr von zumeist Männern* durch den Begriff abwerten und abstempeln lassen. Die Aufhebung der Unterteilung zwischen guten und bösen Mädchen sei längst überfällig, das betont auch Malzahn.



Interessierte lauschten bis spät in den Abend hinein der Lesung vor dem Veranstaltungsort (Foto: lenz)

Leserin und Moderatorin Malzahn schließt sich Penny an und erklärt, dass sie sich selbst auch als Schlampe bezeichne. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass viele Frauen* dies nicht verstehen können und sich selbst niemals so bezeichnen würden. Malzahn weist auf den offenen Brief der Women Of Colour in den USA hin, in welchem sich die Initiative ebenfalls von der Selbstbezeichnung distanziert und hinterfragt, inwiefern es etwas an der Lebensrealität schwarzer Frauen ändern oder nicht eher deren von Sexismen und Rassismus geprägte Außenwahrnehmung noch weiter zementieren würde. Penny stuft dieses Thema als sehr heikel ein und stellt fest, der Brief sei angesichts der Probleme schwarzer Frauen in den USA viel freundlicher gehalten, als er sein könnte. Die britische Schlampenbewegung nimmt sie hingegen inklusiver als die amerikanische wahr, stellt jedoch fest, dass Sprache mächtig sei und man mit ihr deshalb respektvoll umgehen müsse.

Weitere aktuelle Debatten werden abgearbeitet, Malzahn lässt gefühlt keine Einzige außer Acht. Bei der Gleichstellung der Ehe zwischen homosexuellen und heterosexuellen Paaren sind sich beide einig: sie muss erfolgen, trotzdem sei es verwunder-

lich, wie konservativ diese Forderung sei. Penny kommt hierbei zu dem Schluss, dass nicht alle queeren Menschen zudem auch radikal sein müssen. Bei der Frage nach den Rechten von Sexarbeiter*innen, welche ihr in Deutschland ständig gestellt werde, wird die Autorin hingegen wütend: “I am not german and I’m not a sexworker - so why aren’t you asking one of them?”.

Debatten, die über den Kopf der Betroffenen geführt werden, sind offenbar nicht ihr Ding. Was ihr hingegen wichtig ist: sich nicht wortlos aus der Affäre zu ziehen. So stellt sie fest, dass sie nicht alles wissen oder für andere Menschen sprechen könne - was sie aber kann, ist mit ihnen zu sprechen und sich auseinanderzusetzen. Der Tonfall des Buchs ist meist kämpferisch und scheut nicht vor großen Worten wie Wahrheit und der Bezeichnung Londons als „die Stadt, die ich liebe“. Das mag einem kitschig oder überheblich erscheinen, aber „Unsagbare Dinge“ gibt auch nicht vor, eine wissenschaftliche Schrift zu sein, Penny steht dazu, dass es eine persönliche Arbeit ist. Moderatorin Malzahn merkt an, dass auch die Art, wie sie im Buch über Männer* schreibt, zum Teil pathetisch sei und wun-

dert sich über ihre Empathie und wie wenig sie urteile. Wieder eine typisch deutsche Bemerkung, findet Penny und antwortet mit einer Gegenfrage: “Why are you so angry?”.

“Men are not the problem, patriarchy is.”

Wie stark und auf welche Weise Männer* in feministische Bewegungen und Debatten integriert werden können, ist ein hart umkämpftes Feld. Manche Feministinnen lehnen es ab, von Männern* Fürsprache zu erhoffen oder einzufordern und plädieren dafür, dass Frauen* für sich selbst einstehen müssen, andere hingegen freuen sich über die Unterstützung. Penny lenkt den Fokus um auf die Frage, was mit jungen Männern*, die sie als lost boys bezeichnet und denen sie im Buch ein ganzes Kapitel widmet, in der heutigen Zeit geschehe und welche Perspektiven sie - auch vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrise und sich verändernden Männlichkeitsbildern - haben. „I’m always being sensitive in a way“, reflektiert sie über sich selbst. Die bisher beste Reaktion auf ihr aktuelles Buch komme von einem jungen Mann: “This is like being kicked in the balls and then hugged.“ [lenz]

POP UP poppt auf

Kunst ist aus dem öffentlichen Raum nicht mehr wegzudenken, gleichzeitig aber auch kompliziert und elitär. Moderne Werke erscheinen zu abstrakt und abgehoben und die alten Schinken? Langweilig. Wollen Künstler*innen nicht sowieso nur ihr Ego auf Papier bringen und mit einem Glas Sekt in der Hand mit Gleichgesinnten fachsimpeln? Die Studierenden des Fachbereichs Gestaltung der Folkwang Universität der Künste haben da andere Vorstellungen und öffnen vom 18. bis zum 21. Juni die Türen ihres zentral gelegenen Ausstellungsraums -- einem sonst leer stehenden Haus in der Viehhofer Straße 36.



Spielhallen neben Klamottenläden, Bäckereien und Dönerbuden - aber was passiert hinter diesen Schaufenstern? Junge Menschen putzen die Fensterfront, streichen, bebildern Wände und vorne bringen zwei Menschen eine große Aufschrift an: POP UP. Seit April stand das kleine architektonische Wunder leer, vorher bot die unterste Etage Raum für ein Kaufhaus. Noch vor Kurzem war diesem Gebäude nur der Leerstand anzusehen. Dreckig, kaputt, kahl und verlassen, lagen die drei Etagen samt Keller und Dachterrasse da, vor der Tür saßen gelegentlich die Jugendgangs der Gegend zusammen. Auf der Suche nach einem öffentlichen Ausstellungsraum stieß die Orga-Gruppe des POP UP auf diesen ungewöhnlichen, mit den großen Glasfassaden für eine Ausstellung jedoch perfekten, Ort. In der Viehhoferstraße 36 wird nun die sogenannte kulturelle Zwischennutzung praktiziert.

Experiment Raum

Schon im Oktober hatte die sechsköpfige Gruppe um Alexander Bönninger angefangen das Konzept zu erarbeiten. Die fehlende Ausstellungsfläche in der Uni war einer der Hauptgründe, der zu der Idee führte, sich doch den großen Leerstand in der Essener Innenstadt zu Nutze zu machen. Dabei entstand der Gedanke den Fokus der Ausstellung auf den Raum selbst zu legen. „Wie kann man mit seiner Arbeit konkret auf den Raum einwirken und reagieren und wie kann vielleicht sogar eine neue Arbeit durch den Raum entstehen?“, fasst Alex zusammen. Allerdings artete die Suche nach dem

Raum in ziemlichen Stress aus, denn viele Vermieter*innen ließen nicht mit sich reden, da solch ein Projekt potentiellen Mietraum blocken würde. Endlich war dann doch ein Raum gefunden, aber die Freude hielt nicht lang an, denn wegen Einsturzgefahr folgte eine erneute Absage. Genug zur turbulenten Vergangenheit: letztendlich ist der Raum gefunden worden und die Verwalter des Gebäudes, die Terrania AG, haben eine kulturelle kostenlose Zwischennutzung genehmigt. Nur die Nebenkosten müssen eigenfinanziert werden.

Mit dem Raum kamen auch mehr Helfer*innen dazu und es wurden unterschiedliche Gruppen gebildet, die sich zum Beispiel für Gastro, Party oder Werbung einteilen und seitdem eigenverantwortlich ihre Ideen umsetzen. Die Aussteller*innen aus Fotografie, Industrial- und Kommunikationsdesign haben das Gebäude selbstständig renoviert und sich dabei auch geistig in unterschiedliche Etagen begeben: „Viele aus den verschiedenen Bereichen haben sich neu kennen gelernt, ausgetauscht und es wird immer familiärer“, freut sich Alex über das Engagement seiner Kommiliton*innen.

Schnittstelle nach draußen?

Wichtig ist den Künstler*innen aber nicht nur die Schnittstellen der verschiedenen Gestaltungsdisziplinen zu suchen, sondern gerade auch ihre Arbeiten einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen. Marlo Wolf, der Industrialdesign studiert und bei POP UP ein modulares Möbelsystem ausstellt, meint dazu: „Ich erhoffe mir dabei, dass ich auch mit Menschen

über meine Arbeit reden kann, die nicht vom Fach sind, die nichts mit Kunst oder Design zu tun haben und vielleicht noch nicht mal vorhatten in eine Ausstellung zu gehen und einfach mal rein schauen.“ Aufsehen erregt das Projekt schon jetzt: Menschen bleiben stehen, gucken, machen Fotos, betreten das Gebäude und fragen nach. Allerdings bleibt offen, ob auch die Kinder und Jugendlichen des Viertels Bock auf einen Ausstellungsbesuch haben werden und ob sie mit den Werken etwas anfangen können. Aber für diese Weltüberschreitung hätte es sicherlich auch eines anderen Konzeptes bedurft. Dafür zaubert das POP UP aber auch noch ein Ass aus dem Ärmel: zum Abschluss wird die Ausstellung sozusagen nach draußen verlegt, denn am Sonntag steht ab 16 Uhr ein Straßenfest an, gerade um mit den Nachbarn ins Gespräch zu kommen. Jetzt heißt es aber erst mal weiter hämmern, bohren, streichen, putzen und kreativ sein, am Donnerstag, um 19 Uhr geht's los! [mal]

INFOS

- **Eröffnung:** Donnerstag, 18.06., 19 Uhr
- **geöffnet:** immer 10 Uhr - 20 Uhr
- **Party:** Samstag, 20.06. ab 22 Uhr
- **Straßenfest:** Sonntag, 26.06. bis zum 19.07. beleben Tanz-, Theater-, Musik- und Designstudierende das Gebäude

KURZMELDUNGEN

Die Toten kommen

Das Zentrum für politische Schönheit, eine Gruppe politischer Aktionskünstler*innen, die zum Jubiläum des Mauerfalls einen „Europäischen Mauerfall“ an den Grenzen der EU inszeniert hatte, meldet sich mit einer neuen Aktion unter dem Motto „Das Zentrum für Politische Schönheit präsentiert die Toten Europas“ zurück. Die Gruppe kündigte am Montag an, „die toten Einwanderer Europas vom Mittelmeer in die Schaltzentrale des europäischen Abwehrregimes: in die deutsche Hauptstadt“ zu bringen.

V-Mann offenbar NSU-Komplize

Der einflussreiche Kölner Neonazi Johann Helfer wurde vergangene Woche nach Welt-Recherchen als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes geoutet. Besonders pikant: Obwohl das Fahndungsbild eines mutmaßlichen Mittäters bei den NSU-Bombenanschlägen in Köln ihm zum verwechseln ähnlich sieht, wurde er laut Antifa-Koordination Köln und Umland (AKKU) bisher nicht von der Polizei vernommen.

Flüchtlinge starten Protestcamp

Seit dem 9. Juni protestieren etwa 100 Kriegsflüchtlinge aus Syrien vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an der Huckarder Straße in Dortmund. Teilweise sind die Protestierenden sogar in einen Hungerstreik getreten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die protestierenden Geflüchteten wollen vor allem die Zusammenführung mit ihren Familien in Deutschland erreichen. Ein Großteil der Geflüchteten hat nur schlechten Kontakt zur Familie, die im kriegsgebeutelten Syrien um ihr Leben fürchten muss. Das BAMF spricht zwar von beschleunigten Verfahren, die dauern tatsächlich meistens aber Monate oder sogar Jahre. Aktuell wollen die Geflüchteten ihre unbefristete Protestaktion vom Gewerbegebiet in die Innenstadt verlagern.

Web o.2

Die Internetseiten von AStA und Studierendenparlament sind in Sachen Grafik und Bedienbarkeit unterirdisch. Doch unter den hochschulpolitischen Listen, die in Duisburg und Essen derzeit ihren Wahlkampf beginnen, ist anscheinend keine einzige, die in diesem Punkt Handlungsbedarf sieht. Dabei wäre das doch mal ein umsetzbares Wahlversprechen, mit dem sich die Wahrnehmung der studentischen Gremien leicht verbessern ließe. Ein Kommentar von Alex Grossert.

Während das Design der AStA-Seite noch kein volles Jahr alt ist, stammt die Website des Studierendenparlaments noch aus den Nuller-Jahren. Der damals RCDS-geführte AStA hatte die Firma „Systems Engineer“ beauftragt, diese zu gestalten. Der im Impressum angegebene Link zur Firmenseite funktioniert mittlerweile nicht mehr. Das Ergebnis war durchaus auf der Höhe des damaligen Webdesigns, aber eine starre unflexible Kopfgeburt, die weder für Parlamentarier*innen, noch für interessierte Studierende zweckmäßig war. Neben großformatigen Fotos von Models, die Studierende beim studieren darstellen sollen, findet man veraltete Links und überflüssige Menüleisten. So gibt es hier etwa noch das Autonome Sportreferat, das vor Jahren abgeschafft wurde und der Link zum Referat für Schwule, Bisexuelle, Lesben und ihre Freund*innen (SchwubiLe) führt auf eine mysteriöse Seite mit japanischen Schriftzeichen. Die Startseite hat drei Menüs. Auf der linken Seite geht es zu Präsidium und Ausschüssen, oben zu Fachschaften, Autonomen Referaten und Downloads. Ganz oben, mitten im Weißraum, sind dann noch die Ruinen eines dritten Menüs zu erkennen, von dem nur das Impressum und der Link zum AStA der Witterung trotzen konnten.



Aber wer das schon unübersichtlich findet, kennt wohl die Seite des AStA noch nicht. Anstelle von Studi-Darsteller*innen soll hier ein gelb-oranges Foto vom Campus Essen als Hintergrundbild für Auflockerung sorgen. Davor quetschen drei Spalten, die auf dem Großbildfernseher vielleicht hübsch sind, auf allen anderen Bildschirmen den Text so eng zusammen quetschen, dass nur zwei bis drei Wörter in eine Zeile passen. Rechts daneben ist trotzdem noch Platz für sämtliche Gratis-Widgets, die sich für ein Wordpress-Blog so finden: Schlagwortwolke, Veranstaltungskalender, neueste Beiträge und das Ganze nochmal nach Kategorien gegliedert. Immerhin: Sobald man die obere Menüleiste entdeckt hat, findet man dort sehr schnell die gesuchten Stellen. Hätte man das ganze Geblinke darunter nicht einfach weglassen können? Besonders viele Termine und Neuigkeiten findet man über das zweite Menü nämlich auch nicht.

Wer jetzt glaubt, hier würde nur herumgemekckert, um Einfluss auf die Wahlen zu nehmen, irrt sich. Über Layout diskutieren wir in der Redaktion nämlich schon länger, weil sich zumindest an unserem Layout nächste Woche so einiges ändern wird. Ihr könnt dann gerne auch alle meckern.

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: Felix Groell und Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Redaktion dieser Ausgabe: Lorenza Kaib (lenz), Maren Wenzel (mac), Alex Grossert (aGro), Linda Gerner (Gerne), Marie Eberhardt (mal), Philipp Frohn (fro), Simon Kaupen (ska)

Comic: Sebastian Happ

V.i.S.d.P.: Simon Kaupen (ska)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstedde

E-Mail: redaktion@akduell.de

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

2	4		3		8	
	8		6		3	
	5		8	2	4	
	6				3	1
			8			
7	2	3			9	
			9	7	8	5
	3		4		8	
9		6			2	1

HLP # 99 - Im Klausurenstress und danach Semesterferien 4ever

